

Allgemeiner Anzeiger

für das Amt Rierspe

Verbreitungsbezirk: Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Rönshahl, Oberbrügge, Bollwerk, Bollme u. Grünenbaum

Druck und Verlag: Wilhelm Bell Jr., Halver i. Westf. — Hauptgeschäftsstelle: Halver. — Fernsprecher: Nr. 442

Nr. 31

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspennig; für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig; Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 80 Reichspennig und Porto. —

Montag, den 6. Februar

Erscheint wöchentlich 6 mal mit 4 Gratis-Beilagen
Abonnements- und Inseraten-Annahme:
Rierspe: Frh. Schäfer; Rierspe-Bhf.: Frh. Becker.
Höckinghausen: Lehrer Dittmar. Rönshahl: W. Erone.

1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Der Preussische Landtag lehnte den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung ab.
- * Die wesentlichen Bestimmungen der früheren Verordnung über die Beschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit wurden wieder in Kraft gesetzt.
- * Für das Reichswirtschafts- und das Reichsernährungsministerium wurden neue Staatssekretäre ernannt.
- * In Preußen wurden zum Kommissar für Landwirtschaft und Wirtschaft Reichsminister Dr. Eugen Berg, und zum Kommissar für Kultur Studienrat a. D. Ruff ernannt.

Gehorsam und Autorität in der Erziehung.

Von Werner Rautenberg.

Vom 5. bis 11. Februar findet die diesjährige Reichserziehungswoche statt, die der Evangelische Reichselternbund in Verbindung mit zahlreichen anderen Bünden und Organisationen veranstaltet. Das Thema der Reichserziehungswoche 1933, das in zahlreichen Elternversammlungen, Vortragsabenden und dergleichen behandelt wird, lautet: „Für Neubegründung der Autorität in der Erziehung.“

„Ich will nicht! Ich will nicht!“ Wem tönt nicht das Geschrei eines Dreijährigen in den Ohren, der hartnäckig an der Hand seiner Mutter zerrt und, eigenförmig mit dem Fuß tretend, seinen Willen durchsetzen will. Die arme Mutter ist verzweifelt. Das hat sie von ihrem Kind nicht erwartet. Und doch ist es eine Durchgangsstufe menschlicher Entwicklung, durch die jedes Kind gehen muß. Es ist die Zeit, in der das Kind die Grenzen, die ihm Vater, Mutter, Geschwister und andere Menschen setzen, zu durchbrechen sucht und zu erkennen beginnt, wie weit es in seinem Eigensinn gehen darf.

Zum erstenmal taucht die Frage nach Gehorsam und Autorität bei den Eltern in ihrer ganzen Schwere auf. Es genügt ja nicht, daß die Eltern willensfest bleiben und das Kind meistern. Manche Tat des Kindes ist gar kein Trotz, sondern nur eine unbewusste Befriedigung körperlich-seelischer Triebe, die zum gedeihlichen Wachstum des Kindes nötig sind und nicht unterdrückt werden dürfen. Wieviel leichter ist daher die Erziehung des zweiten Kindes schon als die des erstgeborenen. Man hat schon Erfahrung gesammelt und weiß, daß manches kein Ungehöriges ist, was so scheint, und daß eine Anordnung erst dann auf unbedingte Durchführung Anspruch machen kann, wenn sie sinnvoll ewigen Erziehungsgesetzen folgt und sich in Einklang mit Alter und Eigenart des Kindes setzt. Das gilt in jedem Fall. Auch für die Schulpflicht, die das Kind unter den Gehorsamsanspruch von Haus und Schule stellt, und noch ausgesprochenenmaßen für die Reife- oder Pubertätszeit. Schule und Haus müssen dem Kind als Einheit erscheinen. Es darf kein Widerspruch in ihrem Autoritätsanspruch entstehen, der das Kind hin und her reißt.

Solchem Widerspruch konnten die Eltern im letzten Jahrzehnt nicht immer aus dem Wege gehen. Die Schule wuchs immer mehr über ihren eigentlichen Aufgabekreis hinaus und entzog das Kind zunehmend dem Hause. Die Notzeit, die auch über die Schule herein gebrochen ist, hat dem in mancher Hinsicht ein Ende gemacht. Die Ansprüche der Schule sind heute herabgeschraubt. Anschaffungen, Ausflüge und was sonst Kosten verursacht, sind auf ein bescheidenes Maß gemindert, die Schule biegt wieder in die schlichteren Formen ein, die in der Mehrzahl der Elternhäuser herrschen. Manche Spannung zwischen Elternhaus und Schule schwindet. Man findet sich in gemeinsamer Einfachheit. Diese Einfachheit gilt aber auch für das Erziehungs-gesamte. Vorbei ist die Zeit — auch unter dem äußeren Zwang der Erhöhung der Klassenlöhne und des Lehrersabaues —, wo man jede Eigenart des Kindes entwickeln wollte, sich vor der „Majestät“ des Kindes allzu tief beugte und den Lehrer beiseite schob, ihm nicht die Rolle eines Führers, sondern nur des Kameraden als Gleichen unter Gleichen geben wollte. Daß die Jugend auf die Dauer diese Art von Erziehung selbst ablehnt, zeigt der Umstand, daß sie in großen Scharen den Bünden zugeströmt ist, wo der Führer auf der Grundlage strengen Gehorsams Gefolgschaft verlangt. Auch die Schule muß den Weg neuer Autorität gehen.

Das heißt nicht Rückfall in Methoden, die das Leben der Gegenwart überholt hat. Auch im Arbeitsunterricht kann das Prinzip der Autorität walten. Es bedeutet dann, daß nicht bedingungslos das Eigenleben des Kindes gilt, sondern Lehrer und Schüler den Ordnungen höherer Art unterstellt sind. Das ist der Kernpunkt jeder Autorität überhaupt. Eltern und Erzieher haben kein Recht auf Eigenautorität, die an der Grenze zur Willkür liegt, sondern, wenn für das Kind Gehorsam das Leitwort ist, das zur Autorität führt, so für die Erzieher das damit verwandte Wort des Hörens. Hören auf die Gesetze der Erziehung, die zur Einordnung in die großen Gemeinschaften von Familie, Volk, Staat und Kirche rufen, und hören auf die Eigenart eines Kindes und von dieser Eigenart aus das Kind zu den höheren Ordnungen führen und sich ihnen gemeinsam mit dem Kind unterstellen — das ist Autorität. Und das ist, was Familie und Volk gefunden erhält.

Der neue Kurs

Die Änderung des Reichswahlgesetzes.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten nach Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wurde das Reichswahlgesetz in zwei Punkten geändert:

Bisher konnten Reichsdeutsche mit Wohnsitz im Auslande an der Reichstagswahl sich nur beteiligen, wenn sie als Staatsbeamte oder Staatsangestellte ihren Wohnsitz nahe der Reichsgrenze hatten und sich in die Wählerliste einer benachbarten deutschen Gemeinde eintragen ließen. Die Verordnung des Reichspräsidenten räumt nunmehr allen Reichsdeutschen die Berechtigung zur Teilnahme an einer Reichswahl ein, sofern sie nur am Wahltag im Inland sich aufhalten.

Die bisherige Bedingung, daß der ausländische Wohnort nahe der Reichsgrenze gelegen sein muß, ist beseitigt. Auch die bisherige Beschränkung auf Staatsbeamte und Staatsangestellte ist fallengelassen. Reichsdeutsche ohne Unterschied ihres Berufs oder Standes mit Wohnsitz im Ausland können sich von der für ihren Wohnsitz zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Reiches einen Stimmchein ausstellen lassen. Hält sich der Auslandsdeutsche vorübergehend in Deutschland auf, so stellt die Gemeindebehörde des inländischen Aufenthaltsortes den Stimmchein aus. Bei Stellung des Antrages auf Ausstellung des Stimmcheines haben sich die Reichsangehörigen durch einen Reisepaß oder den im kleinen Grenzverkehr eingeführten Ausweis zu legitimieren. Neben der Erweiterung der Möglichkeit, sich an einer Reichswahl zu beteiligen, regelt die Verordnung des Reichspräsidenten außerdem die

Einreichung von Kreiswahlvorschlägen

durch Parteien, die im letzten Reichstag noch nicht vertreten waren. Die neuen Vorschriften sollen dem Umweifen der kleinen Splitternparteien vorbeugen. Parteien, die im Reichstag nicht vertreten waren, mußten bisher wenigstens für einen Kreiswahlvorschlag mindestens 500 Unterschriften aufbringen. Nunmehr müssen Kreiswahlvorschläge solcher Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt hatten, von mindestens so viel Wählern des Wahlkreisverbandes unterzeichnet sein, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes erforderlich sind. Für die Sammlung der 60 000 Unterschriften hat der Reichsminister des Innern in einer Ausführungsverordnung die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften getroffen.

Kurze politische Nachrichten.

In der Presse wird behauptet, die Reichsregierung erwäge die Einsetzung von Reichskommissaren in Ländern mit geschäftsführenden Regierungen. Von Seiten der Reichsregierung wird Wert darauf gelegt, festzustellen, daß die Einsetzung derartiger Reichskommissar nicht beabsichtigt sei.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft häufen sich die Besuche einzelner Persönlichkeiten, die Wünsche und Ratschläge vorzubringen haben. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, daß durch die Fülle der Besucher die sachliche Arbeit nur gehemmt wird. Den berufenen Organen und Verbänden der Landwirtschaft wird rechtzeitig Gelegenheit geboten werden, zu den einzelnen beabsichtigten Maßnahmen Stellung zu nehmen.

Das in Breslau erscheinende Organ der Sozialdemokratischen Partei, Die Volkswarte, und ihre sechs in der Provinz Schlesiens erscheinenden Kopfbätter sind wegen der Verbreitung des Wahlaufsatzes der SPD. auf drei Tage verboten worden. Ebenso ist die Rheinische Zeitung für drei Tage verboten worden, weil sie den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes gebracht hat mit Aufforderung in hochverräterischem Sinne.

Englische Blätter haben über angebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts in bezug auf eine Heimkehr des deutschen Kaisers nach Deutschland berichtet. U. a. soll Reichslanzler Hitler dem von Eugen Berg vorgeschlagenen Plan einer Wiedereinsetzung des Kaisers zugestimmt haben. Alle diese Meldungen werden von zuständiger Stelle als grober Unfug bezeichnet.

Die französische Kammer hat der neuen Regierung Daladier mit 376 gegen 181 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

In der rumänischen Kammer wurde der von der rumänischen Regierung eingebrachte Gesetzentwurf, wonach die Regierung berechtigt ist, jederzeit mit sofortiger Wirkung den Belagerungszustand zu verhängen, angenommen.

Beschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit.

Wiederherstellung wesentlicher Bestimmungen der früheren Verordnung.

Der Reichspräsident hat eine Verordnung unterzeichnet, durch die die seinerzeit von Schleicher aufgehobene Verordnung des Reichspräsidenten über die Beschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit in ihren wesentlichen Zügen wiederhergestellt wird.

Neue Kommissare in Preußen.

Eugen Berg für Landwirtschaft und Wirtschaft — Ruff für Kultur.

Der Reichskommissar für das Land Preußen hat den Reichsminister a. D. Freiherrn von Braun von der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, den Universitätsprofessor D. Dr. Köhler von der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und den Ministerialdirektor a. D. Dr. Ernst von der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit entbunden und ihnen für die in den letzten Monaten geleisteten, besonders wertvollen und aufopfernden Dienste seinen wärmsten Dank ausgesprochen.

Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten u. d. für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit hat der Reichskommissar für das Land Preußen den Reichsminister Dr. Eugen Berg, zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Studienrat außer Dienst Ruff ernannt und sie mit der Wahrnehmung der Geschäfte dieser Ministerien im Rahmen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 beauftragt.

Zwei neue Staatssekretäre.

An Stelle des ausscheidenden Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium, Ruffelt, ist der deutschnationale Landbundesführer von Rohr. Demmin zum Staatssekretär im Reichsernährungsministerium und an Stelle des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium, Schwarzkopf, ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bang zum Staatssekretär ernannt worden.

Zum Schutz des deutschen Volkes.

Die neue Pressenotverordnung.

Antlich wird mitgeteilt:

Bei ihrem Amtsantritt hatte die Reichsregierung vor der Presse die Hoffnung und den Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möge ihr kein Anlaß geboten werden, frühere Beschränkungen des Versammlungs- und Presse-rechts wieder ausleben zu lassen. Allerdings wurde gleichzeitig die Mahnung ausgesprochen, alles zu vermeiden, was Beunruhigung in das Volk tragen und die öffentliche Sicherheit gefährden könnte. Diese Mahnung ist nicht befolgt worden. Vor allem in der Presse sind in den letzten Tagen

unerhörte Beschimpfungen und Beleidigungen erhoben worden, die eine Regierung, die auf ihre Autorität hält, sich nicht gefallen lassen kann. Ferner hat ein Teil der Presse, ganz offensichtlich um Beunruhigung zu schaffen und das Vertrauen zur Regierung zu erschüttern, Gerüchte über angebliche wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen der Regierung verbreitet, die keinerlei Unterlage besaßen.

Die Reichsregierung hat sich daher veranlaßt gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten eine Verordnung vorzuschlagen, die Beschränkungen des Versammlungs- und Presse-rechts enthält, wie sie zum Teil auch früher bestanden. Diese Verordnung gibt der Reichsregierung nunmehr die absolute Handhabe, ihre Autorität wirksam zu wahren und ihre Aufbauarbeit ungestört durchzuführen. Somit dient sie dem Schutze des deutschen Volkes.

Die Verordnung, die dem Herrn Reichspräsidenten zur Unterschrift vorliegt, wird am Montag veröffentlicht werden.

Göring übernimmt die Luftfahrt.

Der Reichsverkehrsminister Freiherr von Eßbach hat nach Übergabe dem Reichskommissar Göring als dem Reichskommissar für die Luftfahrt, die Luftfahrt-Abteilung des Ministeriums. Er verwies dabei auf die hohen Verdienste des Ministerialdirektors Dr. Brandenburg, der die deutsche Luftfahrt auch weiter in Genf zu vertreten zugesagt habe. Minister Göring betonte, er sehe die Arbeit für die Luftfahrt als seine Lebensaufgabe an. Er hoffe, daß der Gedanke der Luftfahrt tief in das Volk eindringe und damit dazu beitrage, den hohen Gedanken der Volksgemeinschaft zu fördern. In der deutschen Jugend müsse der Geist Nighthofens,

AM HÖRER DER ZEIT.

Landtag gegen Auflösung

Politische Zwischenpiele.

214:196.

In der Weltpresse ist des einjährigen Jubiläums gedacht worden, das die Abrüstungskonferenz in Genf in diesen Tagen begangen hat. Sehr viel Schmeicheleien hat man bei diesem Ereignis über den Fortgang der Abrüstung nicht hören können. Das ist auch erklärlich, wenn man sieht, daß man in Genf über theoretische Erörterungen noch nicht hinausgekommen ist. Eine streng neutrale Quelle, nämlich die „Bürcher Post“, faßt das bisherige Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen unter besonderer Berücksichtigung des chinesisch-japanischen Konflikts folgendermaßen zusammen: Nichts hat der Idee des Weltfriedens mehr geschadet, als die interessierte Passivität der Großmächte, und nichts hat — eine notwendige Folge des ersten — den Mut zur Abrüstung mehr untergraben. Und da es bei beiden um Dinge geht, die mehr als alles andere in die Kategorie „recht“ und „unrecht“ eingegliedert wird, so liegt in dieser Feststellung eine schwere Un-I-l-a-g-e. Denn Schuld liegt nicht nur im Tun, sondern auch im Nichtwehren, im Beiseitegehen, wenn ein Verbrechen oder auch nur ein Unglück geschieht . . .

Jeder, der die Arbeiten der Abrüstungskonferenz verfolgt hat, wird dieses Urteil nur unterstreichen können. Wie wenig Neigung zur Abrüstung bei den Völkern tatsächlich noch immer vorhanden ist, geht aus Nachrichten hervor, die neuerdings über weitere starke Rüstungen zur See berichten. So hat Frankreich einen Schlachtkreuzer ganz neuen Typs auf Stapel gelegt, der den Namen „Dunkirk“ führen wird. Dieser Schlachtkreuzer soll an Ausrüstung und Schlagfertigkeit alles übertreffen, was an modernem Schiffsmaterial bisher von den Seemächten herausgebracht worden ist. Italien hat für 1933 die Auflegung von 32 000 Tonnen neuen Kriegsschiffbaues angekündigt und übersteigt damit um 100 Prozent die im Jahre 1932 vorgenommenen Schiffsbauten. Auch in Amerika denkt man bereits an eine umfangreiche Verstärkung der Kriegsmarine. Aus der Umgebung des neugewählten amerikanischen Präsidenten Roosevelt verlautet, daß Amerika in Anbetracht der Zuspitzung der politischen Lage im Fernen Osten gezwungen sein wird, seine Kriegsstärke erheblich zu verstärken. Unter diesen Umständen wird auch in der englischen Öffentlichkeit lebhaft für eine Modernisierung und Verstärkung der englischen Flotte Stimmung gemacht. In der Fachpresse wird festgestellt, daß die englische Flotte bei dem bisherigen Ersatztempo jetzt schon acht Kreuzer, bis 1936 sogar 18 bis 19 Kreuzer zu wenig bzw. über die Altersgrenze hinaus haben wird. Es werden dann an Englands verträglich zuständiger Schiffstonnage in Kreuzern 106 220 Tonnen fehlen, an Zerstörern 85 619 und an U-Booten 11 491 Tonnen. Für das kommende Jahr wird daher mit großen Bestellungen gerechnet, nämlich drei Kreuzern, mindestens einer Torpedobootsflottille, vier Kanonenbooten, drei U-Booten usw.

Mit diesen Neubauten vergrößern die hier aufgeführten Mächte ihren an sich schon bedeutenden Vorsprung vor den deutschen Seekräften wieder ganz beträchtlich. Man wird es also nur verstehen können, wenn Deutschlands Vertreter auf der Abrüstungskonferenz nochmals dringend die Angleichung der Rüstungen der einzelnen Länder gefordert hat. Diese Forderung ist um so berechtigter, wenn man erfährt, daß zum Beispiel in Deutschland nur 0,15 Prozent der Bevölkerung unter Waffen stehen, während in Frankreich zehnmal soviel Männer die Waffen führen dürfen. Der deutsche Reichswehr, die über 63 Infanteriebataillone verfügt, stehen 482 französische Bataillone gegenüber, zu denen sich noch 336 polnische und 167 tschechische gesellen, die im Ernstfall von Frankreich mit eingesetzt werden würden. Hierzu kommt, daß an Frankreichs Grenzen Befestigungen aufgeführt worden sind, die mit den modernsten Mitteln der Kriegswissenschaft ausgestattet wurden, daß weiter in den Grenzgarisonen starke militärische Verbände zusammengeballt worden sind, die im Ernstfall sofort zum Vormarsch über die Grenze eingesetzt werden können. Deutschland hat sich demgegenüber verpflichten müssen, an seiner Grenze gegen Frankreich eine sogenannte entmilitarisierte Zone zuzugestehen, so daß also dieses Grenzstück vollkommen jeder militärischen Verteidigung bar ist.

Zu dieser entmilitarisierten Zone hat jetzt die in Straßburg erscheinende Elsaß-Lothringer Zeitung grundsätzliche Stellung genommen. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang an die kürzliche Erörterung in einem großen italienischen Blatte, daß Frankreich nahegelegte, auf seinem eigenen Gebiete ein Gegenstück zu der Deutschland auferlegten entmilitarisierten Zone auf dem linken und rechten Rheinufer zu schaffen. Eine vorläufige Antwort auf diese Unterredung stelle die Bitte des Generalrates von Velfort an die französische Regierung dar, sich einer Entmilitarisierung des Elsaß zu widersetzen. Das autonomistische Blatt stellt demgegenüber fest, daß nach der Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands überhaupt nur noch zwei Möglichkeiten vorliegen: „Entweder wird die entmilitarisierte Zone auch auf französisches Gebiet ausgedehnt oder sie verschwindet überhaupt.“ Nach der Anerkennung des deutschen Rechtes auf Sicherheit seiner Grenzen sei es jedenfalls logisch nicht mehr möglich, Frankreich eine „zusätzliche Sicherheit“ zu zuerkennen. Die Gleichberechtigung dürfe aber im Interesse des Friedens nicht durch deutsche Aufrüstung geschaffen werden, sondern durch französische Abrüstung auf den deutschen Stand. Dazu gehöre auch eine entmilitarisierte Zone links des Rheins. Deshalb seien die elsass-lothringischen Autonomisten für die Aufrechterhaltung der bestehenden entmilitarisierten Zone auf deutschem Gebiet und ihre Ergänzung durch eine gleich breite Zone auf dem französischen Rheinufer. Der moralische Gewinn einer solchen Maßnahme des gegenseitigen Vertrauens werde unschätzbar sein. — Diese sehr wichtige Frage wird von Frankreich sicher ebenso beiseitegelegt werden, wie alle anderen Abrüstungsfragen. Auch Herr Daladier, Frankreichs neuer Ministerpräsident, hat ja ein großes Vertrauensvotum bekommen, nachdem er wieder von der berühmten „Sicherheit“ gesprochen hat. Und das sagt für Frankreichs weiteres Verhalten alles.

Gegen Parlamentsauflösung in Preußen.

Der Preussische Landtag lehnte den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages zum 4. März mit 214 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, Staatspartei und Kommunisten gegen 196 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Christlichsozialen und Deutschhannoveraner ab. Für die Annahme des nationalsozialistischen Antrages wären 212 Stimmen notwendig gewesen.

Vor der Abstimmung der Volksversammlung des Preussischen Landtages war der Dreimännerausschuß, bestehend aus dem Landtagspräsidenten Kerl, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Vorsitzenden des Staatsrates, Adenauer, zusammengetreten. Der Ausschuß hatte ebenfalls gegen die Stimme des Landtagspräsidenten Kerl die Auflösung abgelehnt.

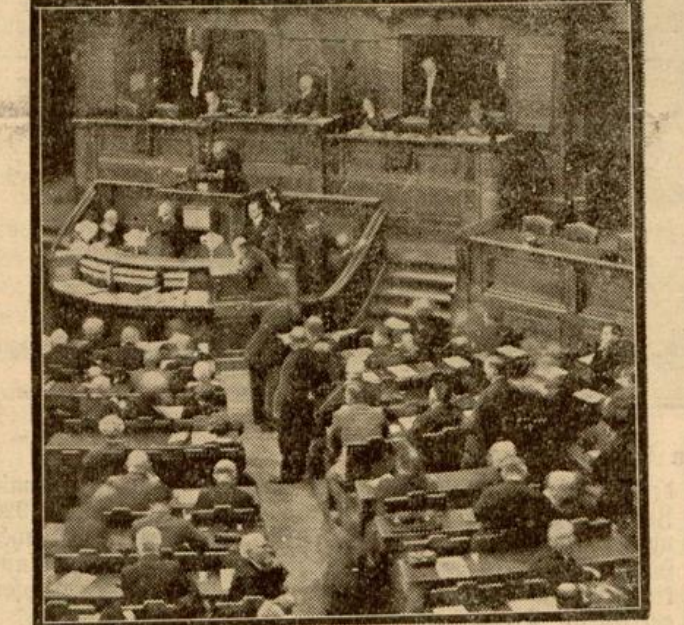
Über den Verlauf der Landtagsitzung liegt folgender Bericht vor:

Sitzungsbericht.

(32. Sitzung.) 11. Berlin, 4. Februar.
Die Beratung des Preussischen Landtages über den nationalsozialistischen Auflösungsantrag begann mit einer Begründungsrede des nationalsozialistischen Fraktionsführers Abg. Kube. Da alle Versuche, eine Mehrheitsregierung zu bilden, gescheitert seien und eine Verhinderung der politischen Verhältnisse in Deutschland nicht eintreten könne, wenn nicht gleichzeitig im Reich und in Preußen die Neuwahlen vorgenommen würden, bleibe kein anderer Ausweg als die Auflösung des Landtages. Es sei unerträglich, daß Männer wie Braun und Severing weiter hohe Gehälter beziehen, daß sie sich weiter schnoddrige Antworten an die größte Partei des Landes herausnehmen können, und daß ein Severing sich erdreche, weiterhin in den unerhörtesten Formen mit den Nationalsozialisten zu verfahren.

Die beiden müssen weg! (Sturm. Beifall bei den Nat.-Soz.) Aus Gründen der politischen Sauberkeit und der nationalen Ehre sei die Auflösung des Landtages notwendig.

Abg. Heilmann (Soz.) nahm zunächst zu dem Verbot des Vorwärts Stellung, dessen Begründung er als einfach lächerlich bezeichnete. Den Auflösungsantrag lehnten die Sozialdemokraten ab, da sie sich von Klassenfeinden ihre Taktik über gar den Termin der Entscheidungsschlacht niemals vorschreiben ließen. Zu lebhaften Zwischenrufen durch die Nationalsozialisten kam es, als Heilmann auf eine vor fünf Monaten von dem Abg. Kube im Landtag gehaltenen Rede verwies, in der gesagt wurde, daß für eine



Ein Bild von der Sitzung des Preussischen Landtages, in der um die Auflösung gekämpft wurde.

Auflösung des Landtages durch den Reichskommissar jede verfassungsmäßige Voraussetzung fehle. Im übrigen wolle er daran erinnern, daß der Abg. Kube vor vierzehn Tagen im Landtage gesagt habe: „Wenn man siedeln will, solle man zuerst das Gut Neudorf besiedeln.“ Es sei zu hoffen, daß dieses kleine Versprechen der Nationalsozialistischen Partei bald möglich wahr gemacht werde.

Nach Heilmann (Soz.) nahm noch einmal Kube (Nat.-Soz.) das Wort. Unter stürmischen Entrüstungsrufen der Nationalsozialisten brachte er Material zur Kenntnis des Hauses, aus dem hervorgehe, daß die Regierung Braun den Nationalsozialismus aus einem

Fonds gegen das Verbrechen bekämpft habe. Die Barmat, Kutischer und Eklat seien nicht Angehörige des nationalen Volksteils gewesen. Nachahmer dieser Fälle werden unter dem Reichstanzler Hitler am Galgen hängen! Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) gab die ablehnende Stellung des Zentrums gegenüber dem Auflösungsantrag mit einer kurzen Erklärung bekannt, in der es heißt, daß Volk und Wirtschaft Ruhe brauchten, Neuwahlen, die keine grundlegende Änderung in der politischen Kräfteverteilung bringen könnten, seien gefährliche Experimente. Die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sei bei der letzten Zusammenkunft des Landtages durchaus möglich.

Abg. Vied lehnte für die Kommunisten den nationalsozialistischen Auflösungsantrag gleichfalls ab mit der Begründung, daß die kommunistische Wahllegation bei einem kommenden Wahlkampf unterdrückt werden würde.

Abg. Bord (Dtn.) erklärte, daß die Regierung Braun das preussische Volk betruge und hinterhältig belogen und betrogen habe. Die Deutschnationalen Fraktion werde dem Auflösungsantrag zustimmen, um dem preussischen Volke Gelegenheit zu geben, sich durch Stimmabgabe hinter die letzten Geschehnisse zu stellen. Weiße Kreise des Volkes wissen heute, daß die zähe Arbeit des deutschnationalen Führers Hugenberg sich jetzt entscheidend auswirkt habe, und daß es nun gelte, in der nationalen Front den christlich-konservativen Gedanken zu stärken.

Abg. Vohse (Nat.-Soz.) forderte Schluß der Aussprache und sofortige Vornahme der Abstimmung, da die Stellungnahme der maßgebenden Fraktionen jetzt vorliege.

Der Schlußantrag wird gegen die Nationalsozialisten abgelehnt.

Sturmzeichen.

Als hierauf Innenminister Severing das Wort nehmen will, anscheinend um auf die nationalsozialistischen Angriffe gegen die preussische Regierung zu antworten, wird er von seinen Parteifreunden mit lauten Freiheit-Rufen begrüßt. Bei den Nationalsozialisten entsteht starke Erregung, sie springen von ihren Plätzen auf, drängen nach vorn und rufen: Raus! Arbeiterverräter! Abtreten! usw.

Da es dem amtierenden Vizepräsidenten Haake nicht gelingt, dem Redner Gehör zu verschaffen unterbricht er die Sitzung für eine Viertelstunde. Da die Nationalsozialisten weiter eine drohende Haltung gegen Severing einnehmen, verläßt dieser schließlich den Sitzungssaal.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erteilt Vizepräsident Haake erneut dem Innenminister Severing das Wort. Die Nationalsozialisten rufen im Chor:

Raus mit Severing!

und setzen diese Rufe fort, bis der Vizepräsident dem Minister erklärt, er müsse feststellen, daß das Parlament ihn im Augenblick nicht anhören wolle. Die Sitzung wird wieder unterbrochen.

Nach halbstündiger Unterbrechung erteilt Vizepräsident Haake nochmals dem Minister Severing das Wort. Aus den Reihen der Nationalsozialisten ertönen Pfiffe. Es stellt sich aber heraus, daß Severing nicht im Saale ist.

Abg. Stendel (D. Vp.) bedauert, daß niemals der Versuch gemacht worden sei, den Ministerpräsidenten zu wählen. Der Redner stimmt der Landtagsauflösung zu, weil diese der Würde des Landtages am meisten entspreche.

Abg. Weid (Chr.-Soz.) schließt sich ebenfalls dem Auflösungsantrag an. Der Landtag habe heute bewiesen, daß er abbruchreif sei.

Abg. Nuchte (Staatsp.) lehnt den Antrag ab.

Abg. Viester (Dt. Hann.) erklärt, er glaube nicht an den Bestand der neuen Reichsregierung, er stimme aber trotzdem der Auflösung des Landtages zu.

In namentlicher Abstimmung wird dann der nationalsozialistische Antrag auf Landtagsauflösung zum 4. März mit 214 gegen 196 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Deutschhannoveraner abgelehnt.

Präsident Kerl schließt die Sitzung mit den Worten: Ich wünsche den Abgeordneten für die Zukunft bestes Wohlergehen!

Die Frage der Auflösung des Preussischen Landtages.

Nachdem der Preussische Landtag und das Dreimännerkollegium die Selbstauflösung des Landtages verweigert haben, darf sicherem Vernehmen nach kaum noch bezweifelt werden, daß die Auflösung auf andere Wege vorgenommen wird. Die Entscheidung hierüber ist für Montag zu erwarten.

In der Sitzung des Dreimännerkollegiums hat bekanntlich nur Landtagspräsident Kerl für die Auflösung gestimmt. Staatspräsident Adenauer lehnte sie mit der Erklärung ab: „Eine Auflösung des Landtages auf Grund des Artikels 14 der preussischen Verfassung setzt voraus, daß lebenswichtigen Interessen des Landes Preußen auf andere Weise als durch Auflösung und Neuwahl des Landtages nicht genügt werden kann. Ich kann nicht anerkennen, daß dieser Fall vorliegt.“ Ministerpräsident Braun begründete seine ablehnende Haltung mit dem Hinweis darauf, daß zur Zeit nicht die geringste Veranlassung für die preussische Politik vorliegt, den Landtag aufzulösen. Die Auflösung sei auch deshalb nicht zu erstreben, weil eine wesentliche andere Zusammensetzung des Parlaments bei Neuwahlen zur Zeit nicht zu erwarten sei.

Wenn auch der Reichspräsident bisher noch keine Entscheidung in der Frage der preussischen Neuwahlen getroffen hat, so nimmt man trotzdem in politischen Kreisen an, daß eine Auflösung des Landtages in kürzester Frist vorgenommen wird und daß dann noch von dem Reichskommissar in Preußen die Neuwahlen auf den 5. März festgesetzt werden. Dabei wird nachgeprüft werden müssen, ob die Entscheidung des Dreimännerkollegiums in richtiger verfassungsmäßiger Form zustande gekommen ist. Wie die rechtskonservative Deutsche Allgemeine Zeitung in diesem Zusammenhang zu melden weiß, will Landtagspräsident Kerl erneut das Dreimännerkollegium einberufen, dann aber in der Zusammensetzung Papen-Adenauer-Kerl. In dieser Sitzung würde dann mit den Stimmen der Herren von Papen und Kerl gegen die Dr. Adenauers die Auflösung des Landtages beschlossen.

Eine Erklärung der Regierung Braun.

Die Sozialdemokraten und das Zentrum haben die Einberufung des Ältestenrates des Preussischen Landtages verlangt, und zwar wegen der Zwischenfälle, die sich im Landtag abgespielt haben, insbesondere wegen der Stürmischen bei dem Versuch von Severing, zu Worte zu kommen. Die preussische Staatsregierung hat ferner eine amtliche Erklärung veröffentlicht, in der sie den Angriffen des Abgeordneten Kube und des Abgeordneten Bort auf die Hoheitsregierung wegen der Verwendung von amtlichen Geldern für Parteizwecke. Es handelt sich um die Verwendung von Summen des sogenannten „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechenums“ für Wahlzwecke im Jahre 1932. Die preussische Hoheitsregierung läßt erklären, daß diese Frage schon dem Staatsgerichtshof unterbreitet gewesen sei. Die preussische Staatsregierung habe später festgestellt, daß Gelder für Parteizwecke aus Staatsmitteln nicht zur Verfügung gestellt worden sind und daß alle Schlüsse dieser Art auf Irrtum, Unkenntnis oder Mißverständnissen beruhen. Die Staatsregierung habe sich dem Staatsgerichtshof gegenüber zu weiteren tatsächlichen Auskünften bereit erklärt.

Sämtliche Kommunalverwaltungen in Preußen aufgelöst.

Neuwahlen am 12. März.

Die kommissarische preussische Regierung hat durch Verordnung sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 12. März 1933 statt.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, erteilt sich die Rechtsgrundlage der Verordnung über die Auflösung der kommunalen Vertretungskörperschaften aus den einzelnen Gemeindeverfassungsgesetzen, in denen das Staatsministerium ermächtigt ist, durch Verordnung gemeindliche Vertretungskörperschaften aufzulösen. Zur Verbilligung der durch die Auflösung erforderlichen Neuwahlen hat das Staatsministerium (Kommissare des Reiches) gleichzeitig beschlossen, den Wahltag für die Neuwahl sämtlicher aufgelösten kommunalen Vertretungskörperschaften einheitlich, und zwar so festzusetzen, daß die Auslegung der Wählerlisten zugleich mit der Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl erfolgen kann. Demgemäß ist als Wahltag der 12. März 1933 festgesetzt worden.

Die Anordnung der Reichskommissare für Preußen über die kommunalen Neuwahlen sind in zwei Verordnungen — die eine über die Auflösung, die andere über die Festsetzung des Wahltages — und in einem Beschluß des preussischen Staatsministeriums enthalten. In den Verordnungen werden die einzelnen Gesetzesbestimmungen, die für die Herbeiführung der Neuwahlen maßgebend sind, herangezogen.

Mückenriesen ergeben lassen. Man braucht nicht aus jeder Mücke gleich einen Elefanten zu machen und kann doch finden, daß man es bei ihnen mit sehr unangenehmen und nicht selten sogar gefährlichen Biefern zu tun hat. Und gerade jetzt ist die Zeit, sommerlichen Mückenplagen mit einiger Aussicht auf Erfolg vorzubeugen, da die eiertragenden Mückenweibchen in Kellern, Schuppen und in anderen geschützten und feuchten Räumen zu überwintern pflegen. Vernichtet man aber rechtzeitig die Weibchen, so hat man im Kriege mit den Mücken eine Schlacht gewonnen.

In Kellerräumen und Kellerdecken kann man in dieser Zeit die Mückenweibchen oft in großer Anzahl finden. Jeder, der über einen Keller herrscht, besonders aber Leute, deren Keller in der Nähe eines Sumpfes, eines Tümpels usw. oder in der Nähe von Grünanlagen liegen, sollten öfter einmal nach überwinterten Mücken Ausschau halten und die Insekten mit geeigneten Mitteln zu vernichten suchen. Was „geeignete Mittel“ sind, das wird man entweder selbst wissen oder von irgendeinem Sachkenner leicht erfahren können. Wer mit der Mückenbekämpfung nicht genau Bescheid weiß, sollte sich überhaupt von vornherein lieber an einen Sachverständigen wenden, denn auf sachgemäße und gründliche Maßnahmen kommt es an. Das ist das, was der Privatmann gegen „seine persönlichen Mücken“ zu tun hat. Aber auch die Behörden, die gute Ratschläge über Mückenbekämpfung geben, dürfen nicht müßig die Hände in den Schoß legen, denn es gibt Mückenbrutstätten, die nur von Amts wegen und mit großen Mitteln erfolgreich vernichtet werden können: das sind die vorerwähnten Lachen, Tümpel, Sümpfe usw., die, wo es sich irgend ermöglichen läßt, zugefüllt werden müssen, weil die Mücken hier zu Beginn der wärmeren Jahreszeit ihre Eier ablegen. Unnötige Wasseransammlungen sollte im übrigen auch jeder einzelne auf seinem Grundstück zu verhüten suchen und dabei sein Augenmerk auch auf kleinste stehende Wasserflächen richten, eine Tonne mit Regenwasser, alte Konfervenbüchsen, die mit Wasser gefüllt, irgendwo herumstehen; das alles ist den Mücken lieb und recht für ihren Sommeraufenthalt. Also weg damit! Natürlich wird es niemals möglich sein, alle Mückenbrutstätten restlos zu beseitigen, aber einiges kann immerhin getan werden, und der jetzt aufzunehmende Kampf gegen die in den Kellern nistenden Mückenweibchen ist, worauf noch einmal hingewiesen werden soll, ein ganz besonders wichtiger Schritt! Es ist schon mancher Badeort, mancher klimatische Kurort in Verfall gekommen und von Sommerfrischlern gemieden worden, weil er als „mit Mücken überfakt“ galt. Da muß man also Abhilfe schaffen, und man kann Abhilfe schaffen, wenn man nur den guten Willen dazu hat. Also auf in den Kampf!

□ **Falsche Fünzigrentenmarzscheine.** Seit Mitte Januar tauchen in Nordwestdeutschland falsche Fünzigrentenmarzscheine mit dem Kopfbild eines Landmannes auf. Die Fälschung ist zu erkennen an dem zu dünnen Papier, dem scharf hervortretenden Wasserzeichen, dem schwachen, undeutlichen Trockenstempel und dem unklaren, vielfach unterbrochenen Untergrunddruck. Auf der Rückseite ist das Ahrenbündel stark verschmiert und der es umgebende Zierdruck unklar wiedergegeben. Es wird ersucht, beim Auftauchen falscher Scheine die Verbreiter unverzüglich der zuständigen Ortspolizei zu übergeben. Für die Ermittlung der Fälscher hat die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 3000 Mark ausgesetzt.

—* Herr Med.-Rat Dr. Weber in Altena ist mit Wirkung vom 1. Februar 1933 ab als Kreisarzt nach Hagen versetzt worden. Bis zur Neubestellung der Stelle ist die Vertretung dem Med. Rat Dr. Hoffmann in Zierlohn übertragen.

Halver

— Die für Dienstag und Donnerstag dieser Woche angesetzten Sitzungen der Gemeindevertretungen Halver und Schalksmühle finden nicht statt. (Siehe Bekanntmachung.)

— **Einbruchsdiebstahl.** In die z. Zt. unbewohnte Wohnung des Fabrikanten Spindler in Schmalenbach bei Halver wurde eingebrochen. Die Täter verschafften sich Eingang durch Öffnen der Fenster-Schlagläden und Zerstümmern der Fensterscheibe. Es wurde Wäsche entwendet.

— **Goldene Hochzeit der Eheleute Heinrich Bornesfeld und Frau Anna geb. Selbe, Halver, Berlinerstraße.** Im Kreise ihrer Kinder, Enkel, Verwandte und Bekannte begingen am gefrigen Sonntag die Eheleute Heinrich Bornesfeld und Frau, Anna geb. Selbe das seltene Fest ihrer goldenen Hochzeit. Beide Ehegatten erfreuen sich trotz ihres hohen Alters, der Jubelbräutigam ist 75 Jahre und die Jubelbräut 72 Jahre alt, noch einer seltenen geistigen und körperlichen Frische. Aus der Ehe sind 11 Kinder hervorgegangen, von denen 2 verstorben sind, der Sohn Max im Alter von 4 Jahren und der Sohn Heinrich 36jährig, letzterer war dazu ausersehen, das väterliche Geschäft, die Bau- und Möbelschreinerei zu übernehmen. Eine heimtückische Krankheit raffte ihn im besten Mannesalter dahin. Ein schwerer Schmerz lastete auf den betagten Eltern ob dieses harten Schicksalschlages. Das Leben ging weiter und der Tag des goldenen Hochzeitstages kam heran. Aus diesem Anlaß wurde die Schreinereiwerkstatt festlich hergerichtet und geschmückt. Am ganzen Tage kamen Gratulanten und brachten ihre Glück- und Segenswünsche dar. Ein Vertreter des Landrats übermittelte die Glückwünsche des Landrats und der Preussischen Staatsregierung, sowie ein Glückwunschschreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Bürgermeister Wattermann, der erkrankt ist, hatte in einem herzlich gehaltenen Schreiben die Glückwünsche des Amtes und der Gemeinde zum Ausdruck gebracht. Am Nachmittag versammelten sich die Familienangehörigen, Verwandte und Bekannte um das Jubelpaar um den Tag würdig zu begehen. Pfarrer Stommel, der Seelsorger des Bezirks, segnete das Jubelpaar aufs neue ein und hielt dabei eine Ansprache auf Grund des Bibeltextes Psalm 103, 1 u. 2. In einer weiteren Ansprache überreichte Pfarrer Stommel die Gedenkmedaille der Evangelischen Union und die dazu gehörige Urkunde. Der Vorsitzende der Vereinigten Turn- und Spielvereine Halver e. V., Turnbr. Köhler, überbrachte in einer Ansprache an das Jubelpaar die Glückwünsche des Vereins. Der Jubelbräutigam war stets mit Leib und Seele Turner und war lange Jahre in leitender Stelle des Turnvereins. Kinder und Enkelkinder umrahmten durch Vortrag von Gedichten und Deklamationen die Feier aufs schönste. Eine selten schöne Feier, die allen Beteiligten und dem goldenen Jubelpaare noch lange im Gedächtnis fortleben wird. Wir schließen uns den vielen dargebrachten Glück- und Segenswünschen an und verbinden damit den Wunsch, daß es dem Jubelpaare vergönnt sein möge, nach 10 Jahren in Gesundheit und Frische das diamantene Ehejubiläum begehen zu können.

mann einberufene Hauptversammlung der Nachbarschaft Halver hatte einen sehr schwachen Besuch aufzuweisen. Sie wurde vom Vorsitzenden Albert Buchmann eröffnet und geleitet. Ein ehrendes Gedenken wurde den verstorbenen vierzehn Mitgliedern gewidmet. Aus dem Jahresbericht sei hervorgehoben: Es fanden 1 Versammlung und 2 Vorstandssitzungen statt. Am Anfang des Jahres 1932 waren 840 Mitglieder eingetragen. Es kamen 57 Neuaufnahmen hinzu. Durch Tod schieden aus 14, ihren Austritt erklärten 8, durch Nichtzahlen des Beitrages verloren ihre Mitgliedschaft 3. Somit zählt die Kasse am Schlusse des Berichtsjahres 872 Mitglieder. Die von der Nachbarschaft Halver angestrebte Vereinigung der Nachbarschaften in der Gemeinde Halver zu einer Arbeitsgemeinschaft hat sich bisher nicht verwirklicht. Bei einer evtl. Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse soll diesem Gedanken wieder näher getreten werden. Betreffs der Sterbefälle innerhalb der Nachbarschaft wurde vom Vorsitzenden noch erwähnt, daß im Januar des Vorjahres nur 1 Sterbefall zu verzeichnen war, während man für den gleichen Monat in diesem Jahre 6 Sterbefälle hätte buchen müssen. — Kassierer Walter Lemmer legte Rechnung. Die Einnahmen betrugen 4673,32 RM, die Ausgaben 3687,30 RM. Das Gesamtvermögen, zusammengefaßt aus 986,02 RM Kassenbestand und 7709,26 RM zinsbar angelegtes Vermögen, weist die Summe von 8695,28 RM auf. Ueber die Revision berichtete Emil Fernholz. Er beantragte Entlastung des Kassierers. Sie wurde ausgesprochen. Wiederwahl erfolgte für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder. Einjammler Wilhelm Becker legte seinen Posten nieder. An dessen Stelle trat Theodor Knips. Die bisherigen Kassenprüfer Emil Fernholz und Fritz Crammner sollen auch im kommenden Jahre ihres Amtes walten. Der im vorigen Jahre um 1 RM erniedrigte Beitrag soll vorläufig bestehen bleiben. Sollten unvorhergesehene Ausgaben die Kasse in starkem Maße belasten, bleibt es dem Vorstand unbenommen, im Laufe des Jahres eine Versammlung einzuberufen, die dann eine anderweitige Beitragsfestsetzung zu beschließen hat.

|| **Trotz Ungunst der Witterung und der vielen Grippeerkrankungen war der Besuch der Jahres-Hauptversammlung des Spiel- und Sportvereins Halver 1911 am letzten Samstagabend ein guter.** Nach Bekanntgabe der Verhandlungspunkte gedachte man der im verfloffenen Jahre verstorbenen Sportkameraden und ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Zum Jahresbericht warf der Vorsitzende einen Rückblick, die fortschreitende Not und Arbeitslosigkeit streifend, gedachte er hier im besonderen der Jugend, die durch diese Zustände halt- und ziellos würde. Bervies sie auf die Stätte der Erhaltung und Gefundung, den Sportplatz und -boden. Die Vereinsangelegenheiten wurden in 2 Versammlungen, mehreren Vorstands-, Jugend- und Spieleritzungen erledigt. Mitgliederbestand Ende 1932: 162. Der vom Kassierer gegebene Kassenbericht, von den Kassenprüfern Max Alte und Alfr. Brocksieler revidiert und als stimmend bestätigt, wurde anerkannt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann wurden 3 Mitglieder als aufgenommen gemeldet. Unter Mitteilungen wurden u. a. die für das laufende Jahr vom Verband angesetzten Leichtathletischen Klub-, Gau-, Bezirkskämpfe n. w. bekanntgegeben und ein fleißiges Training empfohlen. Den Leichtathleten ist nunmehr in reichem Maße Gelegenheit gegeben, ihre Kräfte in näherer und weiterer Umgebung zu messen. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Otto Schumacher; beide bisherige Kassierer lehnten eine Wiederwahl ab, an ihre Stelle wählte Versammlung die Sportk. Alfr. Brocksieler, Winthof und Emil Schröder, Lingervog. Das Amt des Protokollführers übernahm Rud. Brüninghaus. Als Obleute des Spiel- und Jugendausschusses blieben die bisherigen in ihrem Amte, man wählte weitere Herren zu ihrer Mitarbeit und Beratung. Kassenprüfer für 1933: Spf. Max Alte und Jos. Ott. Den zurückgetretenen Vorstandsmitgliedern sollte der Vorsitzende Worte des Dankes für ihre mehrjährige Mitarbeit. Unter Verschiedenes wurde manche schöne und erfolgversprechende Anregung gegeben. Um den Mitgliedern die Beitragszahlung zu erleichtern, sollen die Beiträge für längere Zeitabstände, je nach Lage monatlich, 1/4 oder 1/2-jährlich, durch Unterkassierer eingeholt werden. Der Hallensport wurde in empfehlende Erinnerung gebracht. Hierauf wurde die gut und reich an Aussprache verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hipp-Hipp-Hurra geschlossen. Nach Absingen eines Sportliedes verweilte man dann noch in schönster Harmonie.

— **Seine Gesellenprüfung** bestand vor dem zuständigen Prüfungsausschuß der Handwerkskammer am Samstag Fritz Wille, tätig bei Drechslermeister Otto Hageböck im Wiebusch.

— **Lichtspiele Karlshöhe.** „Ein blonder Traum“ kam Samstag und Sonntag in den Lichtspielen Karlshöhe zur Vorführung. Noch nie dagesehen . . . eine so durchschlagende Erfolgsvereinigung von Schauspielern wie Lilian Harbey, Willy Fritsch und Willi Forst. Noch nie dagesehen . . . das unerhörte wirkungsvolle Zusammenklingen von Filmgeschehen und Filmmusik — eine mitreißende Stimmungssteigerung. — Lilian Harbey wie immer fabelhaft und voll entzückender Weiblichkeit. Willy I und Willy II als radelnde Fensterputzer mit Scheuerlappen und Fensterleiter. Mit dem Eimer schütteten sie Humor und Optimismus über uns aus, mit den Augen puzten sie die Augen der holden Weiblichkeit blank, und mit der Leiter gelangen sie in jedes süße Herz. Ganz wundervoll als „Vogelscheuche“ Paul Hörbiger, der es auch diesmal versteht aus einer Nebenrolle etwas Besonderes zu machen. Heute (Montag) abend 8 Uhr veranstaltet die Spielleitung einen einmaligen **Verbeabend**, der es jedem ermöglicht zu einem Einheitspreise von 50 Pfg. (Erwerbslose zahlen nur 30 Pfg.) sich diesen wundervollen, alle Sorgen des Alltags vergessenden machenden Film anzusehen.

— **Die Sterbefälle Nachbarschaft Oberbrügge** hielt Samstagabend im Lokale Ew. Gds-Süderland ihre Jahreshauptversammlung ab, die vom Vorsitzenden Alb. Nolte eröffnet und geleitet wurde. Aus den Verhandlungen sei folgendes wiedergegeben. Nach Verlesen des letzten Protokolls fand die Wahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder statt, es wurden wiedergebählt als 2. Vorsitzende Wilh. Bornesfeld, als Rentant Alb. Cramer und als Beisitzer Ernst Wirth. Die Nachbarschaft hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1909 sehr gegenwärtig ausgewirkt und zählt heute ca. 500 Mitglieder, sie steht unter staatlichem Schutz und nennt einen Vermögensstand ihr eigen, der es ermöglicht, auch in besonders schweren Fällen in der Zahlung der Unterzügen standzuhalten. Um die

werden Zahltag eingeleitet, die Beiträge können an jedem ersten Samstag der Monate Jan., Febr., März, Juli, Aug., Sept. vor dem Rentanten geleistet werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten konnte die Versammlung gegen 10.30 Uhr geschlossen werden.

Schalksmühle

— **Die im Vereinslokal stattgefundene Jahreshauptversammlung des Schalksmühler Turnvereins e. V.** befaßte sich in der Hauptsache außer den Berichten von 1932 mit der Feier des 40jährigen Bestehens und der Werbung für das 15. Deutsche Turnfest in Stuttgart. An Stelle des verhinderten 1. und des erkrankten 2. Vorsitzenden eröffnete und leitete die Versammlung Oberturnwart Diergarten. Ein frisch gesungenes Turnerlied gab den Beratungen würdigen Untergrund. Nach Verlesung und Genehmigung der letzten Niederschrift ehrte Versammlung das Andenken des verstorbenen früheren Vereinswarts D. Woeste. Den sehr umfangreichen und musterhältigen Jahresbericht erstattete Oberturnwart Diergarten. Aus demselben war nicht nur allein die äußerst rege Arbeit und die Erfolge auf turnerischem Gebiet zu entnehmen, sondern auch und nicht zuletzt die Pflege deutschen Volkstums und wahrer Volksgemeinschaft in jahnstem Sinne. Die Mitgliederzahl beträgt 265. Im Laufe des Jahres 1932 wurde die Kinder- (Knaben- u. Mädchenabteilung) abtlg. gegründet mit der jetzigen Zahl von 118, sodaß die Gesamtmitgliederzahl heute 383 beträgt. Hierdurch ist dem Verein ein der Nachwuchs gesichert. Viele Siege und 1. Siege sind auf den verschiedenen Veranstaltungen für den Verein errungen worden. Die einzelnen Fachwarte schlossen sich mit ihren Berichten an. Die Kassenberichte konnten wegen Erkrankung der Führer bezw. Prüfer nicht gegeben werden. Doch zeigen sie sich, wenn auch gespannt, doch aber gesund. Turnbruder Vikus als Kassenführer des Vereinsigentums (Halle, Grundstücke usw.) berichtete über die ungeheuren Lasten, die dem Verein obliegen für Staatssteuern, Hypothekenzinsen, Unterhaltungskosten usw., womit er das Verhalten des Vereins für Berechnung von Mieten berechtigt rechtfertigte. Oberturnwart Diergarten richtete angesichts dieser Sachlage an alle die Bitte mit diesen Angaben den Vereinsstandpunkt nach außen zu vertreten. Die Wahl der Vertreter zum Ganturntag in Herscheid und Kreisturntag in Hamm wurden getätigt und die Hallenkommission einstimmig wiedergebählt. Für den 26. März ist ein Elternabend geplant, wo die neugegründete Kinderabteilung und die Jugendabteilung auf den Plan treten sollen. Der Film zum 15. D. A. Fest in Stuttgart soll dabei vorgeführt werden. Ferner ist für das Frühjahr wieder ein Kiegezwettkampf mit noch zwei Vereinen von außerhalb vorgesehen. Das 40jährige Bestehen ist in Gestalt eines Schauturnens im Sommer mit sämtlichen Abteilungen und Kindern bezw. Schulen beabsichtigt, in Verbindung mit einem Vereinswettkampf. Die Feier ist als rechter Werktag für das deutsche Turnen gedacht. Oberturnwart Diergarten gab auch hier die Anregung zwecks Bildung eines Trommler- und Pfeiferkorps in Verbindung mit dem Landwehrverein und der Feuerwehr. Indem Oberturnwart Diergarten noch allen hochherzigen Gönnern seinen Dank abstattete, besonders aber dem anwesenden Fabrikanten Karl Wedder, der die Anschaffung einer Ankleidehalle auf dem Sportplatz ermöglichte und das Grundstück vor dem Platz kostenlos zur Verfügung stellte, fand die Versammlung mit „Gut Heil“ ihren Abschluß.

Kierspe

— **Ein gemütlicher Abend des Landwehrvereins** fand am Samstag im Hotel Plate statt. Die Grippe hatte eine Verschiebung notwendig gemacht, übte aber dennoch im Verein mit dem herrschenden schlechten Wetter einen großen Einfluß auf den Besuch aus. Trotz alledem war der Saal einigermaßen besetzt. Musiker des Städtischen Orchesters ludenscheid boten in ihrer knappen Besetzung gute Unterhaltungsmusik. Das Zusammenpiel und die Tragfähigkeit der Instrumente fanden Bewunderung und Anerkennung. Ein kameradschaftlich empfundener Prolog von E. Zöller wurde von dem Schriftführer Bremecke zur Einleitung vorgetragen. Der Vorsitzende Heinrich Plate hielt eine Begrüßungsansprache, in der er der gefallenen Kameraden gedachte. Zum Gedenken derselben wurde das Lied vom guten Kameraden gesungen, während gleichzeitig auf der Bühne das Lied in einem lebenden Wilde dargestellt wurde. Die Hauptansprache zum Gedächtnis der Reichsgründungsfeier hielt Lehrer Bremecke. Seine Ausführungen schilderten das schöne Vaterland, das wir einst hatten, und zeigte im Gegenfatz dazu die Lasten und Nöte, die durch den Krieg und seine Folgen dem deutschen Volke auferbürdet sind. An dieser Stelle zeigte ein lebendes Bild den unter den Lasten zusammenbrechenden deutschen Michel. Die Ansprache klang jedoch hoffnungsfreudig aus in der Zubericht, daß der deutsche Geist sich besinnen werde und alles Ungemoch von sich schüttelt und zu neuer Zukunft entwickelt. Wieder zeigte ein lebendes Bild, wie der deutsche Michel sich kraftvoll befreit. Zur Ausgestaltung des Abends trugen die „Bühnenfreunde“ bei. Ein paar heitere Schwänke aus dem Soldatenleben „Im Quartier“ und „Leutnant Friedrich“ brachten Humor und Stimmung. Eine Pantomime „Die Jungmühle“ ließ Sensation, Stimmung und herzhafte Lachen aufkommen. Das Gefühl der Kameradschaft ist noch nicht ausgefroren, sondern blüht und vermag Stimmungen, wie sie zu dieser Gelegenheit aufkommen, nur allein zu vermitteln.

Kierspe-Bhf.

— **Hermann Kölling's letzte Fahrt.** Ein Leichenzug, wie ihn unser Ort bisher nicht gesehen hatte, bewegte sich am letzten Samstag zum Friedhof. Hermann Kölling's leibliche Hülle wurde zur letzten Ruhe getragen. Herr Kölling war früher Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei in Hagen und wurde später Geschäftsführer des Kreis- und Stadtkriegerverbandes Hagen. In dieser Eigenschaft hat er sich stets für die Belange der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen eingesetzt, wofür ihm auf seinem letzten Gange durch unübersehbare Beteiligung der Dank abgestattet wurde. Unter Vortritt einer Musikkapelle bewegte sich der Zug, in welchem 51 Fahnen gezählt wurden, zum Friedhof. Hier selbst sprachen an der Gruft über dem mit der alten Kriegsflagge geschmückten Sarge einige Vertreter der Kriegerverbände. Ehrende Worte zeugten von der Beliebtheit dieses Mannes. Hermann Kölling, der eine Tochter des hiesigen Landwirts Wilh. Schulte geheiratet hatte, erfreute sich auch am hiesigen Platze einer großen Beliebtheit. Dem viel zu jung Dahingegangenen wird ein ehrendes Andenken gesichert sein. Er ruhe in Frieden!

Rönsahl

— Die hiesige Sanitätskolonne hielt am Freitagabend ihren Übungsabend ab, dem sich eine Versammlung anschloß. Durch den Fortzug des Herrn Dr. med. Dolhaine war die Stelle des Kolonnenarztes vakant geworden und ist Herr Dr. med. Abbe, hier selbst bereit, diesen Posten auszufüllen. Durch den 1. Vorsitzenden der Kolonne, Herrn Kapitän z. S. a. D. Buchholz wurde Herr Dr. med. Abbe als Kolonnenarzt mit beglückwünschenden Worten eingeführt und gelobte derselbe, sein Können voll und ganz in den Dienst der Kolonne zu stellen und in die Fußstapfen seines bewährten Vorgängers einzutreten. Da der Kolonnenarzt gleichzeitig als 2. Vorsitzender fungiert, war derselbe als solcher gewählt.

Hagen. Dr. Boye 30 Jahre in Hagen. Vor dreißig Jahren trat Dr. Ernst Boye in die Verwaltung der Industrie- und Handelskammer Hagen ein, an deren Spitze er heute als 1. Syndikus der heutigen Südwesfälischen Industrie- und Handelskammer steht. Zugleich kann der Jubilar auf eine 30 jährige erfolgreiche Tätigkeit als Geschäftsführer der Märkischen Kleinindustrie zurückblicken.

Bielefeld. Zwei Todesurteile in Lebenslängliches Zuchthaus verwandelt. Die Arbeiter Walter Wabbel und Richard Kuczynski, beide aus Bochum, die am 6. Oktober v. J. vom hiesigen Sondergericht wegen Totschlages an einem Polizeibeamten in Tateinheit mit versuchtem Totschlag an einem zweiten Polizeibeamten mit dem Tode bestraft wurden, sind durch die Beschluß-Strassammer des Landgerichts Bielefeld auf Grund des Amnestiegesetzes zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Bielefeld. 1½ Jahre Gefängnis für den Schupo Lutterlas. Das Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den 21jährigen Schutzpolizeibeamten Werner Lutterlas aus Dortmund wegen Totschlages zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Lutterlas hatte in der Verhandlung behauptet, in Notwehr geschossen zu haben. Das Schwurgericht stellte demgegenüber aber eine Ueberschreitung der Notwehr fest.

Bonn. Unglücklicher Zufall vernichtet ein Menschenleben. Dienstag morgen wurde der 21 Jahre alte Student der Zahnmedizin, Knäpper aus Bottrop, in seinem Bett gasvergiftet aufgefunden. Der Tod war bereits eingetreten. Die Untersuchung ergab, daß unter der Straßendecke infolge des Frostes ein Rohr geplatzt war. Das Gas drang durch die oberen Erdschichten in die Wohnung des Studenten ein, der ohne etwas zu bemerken erstickte, denn das Gas wird, wenn es durch Erdschichten geleitet wird, geruchlos.

Nah und Fern

— Wagnerfeiern in den preussischen Schulen. Der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat in einem Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen angeordnet, daß anlässlich des Todesjubiläums Richard Wagners, der sich am 13. Februar zum 50. Male jährt, in allen Schulen Preußens der musikalischen und nationalen Bedeutung Wagners in würdiger Weise zu gedenken ist.

— Eineinhalb Jahre Gefängnis für einen Schutzpolizisten. Das Schwurgericht Bielefeld verurteilte den 21jährigen Schutzpolizeibeamten Lutterlas aus Dortmund wegen Totschlages zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Lutterlas hatte einen M.-Führer erschossen. Er behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, das Schwurgericht stellte aber eine Ueberschreitung der Notwehr fest.

— Große Feuersbrunst in der Rhön. In dem Rhönort Hilders im Kreise Gersfeld brach in dem Anwesen des Landwirts Winheim ein Brand aus, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Obwohl etwa 360 Feuerwehrleute zur Stelle waren, erfasste das Feuer die Nebengebäude, Stallungen und Scheunen von 17 Anwesen, die völlig eingeäschert wurden. Mehrere Wohngebäude wurden durch Wasser schwer beschädigt. Man vermutet Brandstiftung. Die Höhe des Schadens steht noch nicht fest.

— Ein Damm des Roanne-Kanals gebrochen. Einer der Dämme des großen Kanals von Roanne-Digoin ist in einer Ausdehnung von fast 30 Meter gebrochen, so daß die Wassermassen die ganze umliegende Gegend überschwemmten. Das Wasser ergoß sich auf eine Strecke von 18 Kilometer. Ein Schiffer wurde von den Wassermassen weggerissen und ertrank. Der Schiffsverkehr wird voraussichtlich mehrere Monate unterbrochen bleiben.

— Vier Gefährte eingeäschert. In Gölpe an der Havel (Westpreußen) brach ein Brand aus, dem vier Gefährte zum Opfer fielen. Da zweifellos Brandstiftung vorliegt, haben Beamte der Landesstriminalstelle Ermittlungen eingeleitet. Der Schaden ist sehr groß.

— Befestigung eines „Niobe“-Offizieranwärters. Unter großer Beteiligung wurde in Lübeck der Offizieranwärter Kurt Krellenberg, ein Opfer der „Niobe“-Katastrophe, beigesetzt. Die Reichsmarine war durch Fregattenkapitän Meves, die Reichswehr durch den Bataillonskommandeur Meinede vertreten. Ein kostbarer Kranz war von den Geretteten der „Niobe“-Befahrung gesandt worden.

— Wieder drei verlohnte Leichen auf der „Atlantique“ aufgefunden. Bei den Aufräumarbeiten an Bord des französischen Ozeandampfers „Atlantique“ wurden die vollkommen verlohnten Leichenteile von drei Mitgliedern der Besatzung im Kesselraum aufgefunden. Die Zahl der geborgenen Opfer beträgt nunmehr 15.

— Brand in einem Flüchtlingslager. Ein Lager armenischer Flüchtlinge in Beirut ist durch ein Großfeuer völlig zerstört worden. 780 Wohnstätten wurden eingeäschert. 3300 Armenier wurden obdachlos.

— Der Besuch in Tätigkeit. Nach zweijähriger Ruhe ist der Besuch wieder in Tätigkeit getreten. Im Innern des Kraters erfolgen dauernd gewaltige Explosionen. Sticlammern schießen empor. Die Bevölkerung der umliegenden Ortschaft ist von einer Panik ergriffen und bereitet sich darauf vor, ihre Häuser zu räumen.

— Der Dampfer „Sachalin“ in Wladivostok eingetroffen. Der Dampfer „Sachalin“, auf dem vor einiger Zeit ein großer Brand ausgebrochen war, ist mit 300 Fahrgästen an Bord von zwei russischen Dampfern nach Wladivostok gebracht worden. Die Fahrgäste und die Besatzung sollen nach russischen Meldungen keinen Schaden erlitten haben.

Neubau des Reiches.

„Reichsstaat“ und Bundesstaaten.

In einem der Vorträge, die Prof. Horneffer über die „Deutsche Staatskrise“ veranstaltet, behandelte er die Frage der Reichsreform.

Die deutsche Staatsbildung zerfällt, wie Professor Horneffer unter anderem ausführte, in zwei Aufgaben, der Gliederung und der Verfassung des Reiches. Die Gliederung des Reiches, die Bismarck geschaffen hat, genügt nicht mehr dem nationalen Bedürfnis der Gegenwart. In das Gewirr der deutschen Kleinstaaten schob sich der geschlossene Einheitsstaat Preußen hinein. Er entstand wie alle großen Staaten auf dem Wege der Eroberung. Anders sind auch die nationalen Einheitsstaaten England und Frankreich nicht entstanden. Bismarck sei Föderalist gewesen nur aus Konzeption, aus Diplomatie. Sein Staat war der geschlossene Einheitsstaat Preußen.

Daß der Einheitsstaat die Stammesgemeinschaften abschleife, sei ein Vorurteil. Der Südfranzose ist seiner Stammesart nach ein gänzlich anderer als der Nordfranzose, und der Schotte ein gänzlich anderer als der eigentliche Engländer. In dem Einheitsstaate Preußen habe die Stammesart der Rheinländer, Westfalen, Friesen, Schlesier nichts eingebüßt. Inmitten Europas müsse Deutschland einen möglichst geschlossenen, schlagkräftigen Staat haben, der am besten im vollen Einheitsstaate verwirklicht wäre. Die Ernährungs-schwierigkeiten während des Krieges hätten wir wesentlich herabmindern können, wenn wir eine einheitliche Verwaltung gehabt hätten.

Und doch sei, wie zur Zeit Bismarcks, der volle Einheitsstaat für Deutschland noch nicht und vielleicht, je nach der weiteren Entwicklung, niemals erreichbar. Die deutsche Geschichte des letzten Jahrhunderts zeige eine ständige Verminderung der Zahl der Einzelstaaten. Diese Bewegung sei fortzusetzen durch die Verbindung aller norddeutschen Kleinstaaten mit Preußen. Dieser Einheitsstaat, dessen Verwaltung unmittelbar das Reich übernimmt, wäre nicht nach bekanntem Vorschlage „Reichsland“ zu benennen, sondern „Reichsstaat“. Als Bundesstaaten blieben die lebensfähigen Einzelstaaten erhalten: Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden. Das sei die gegenwärtig notwendige und erreichbare Vereinfachung des deutschen Staates. In diesem fünfgliedrigen Bundesstaat vereinige sich das unitarische und föderalistische Prinzip wie in dem Bismarckschen Staate. Die Zustimmung der verbleibenden Einzelstaaten sei durch die Gewährung von Reservatrechten zu erzielen, daß ihre Eigenstaatlichkeit nicht ohne ihren Willen aufgehoben wäre. Die Zustimmung der verbleibenden Einzelstaaten vorausgesetzt, wäre dieser Neubau des Reiches durch Volksentscheid auf legalem Wege durchzuführen.

Auto vom Zuge erfasst.

Zwei Tote, drei Verletzte.

Bei Breslau-Schmiedefeld ereignete sich ein schweres Kraftwagenunglück. Der Personenzug Glogau-Breslau erfasste auf der Kreuzung der Bahn mit der Fernverkehrsstraße Breslau-Berlin einen Personenkraftwagen, der die geschlossene Schranke durchbrochen hatte. Der Wagen wurde etwa 600 Meter mitgeschleift und völlig zertrümmert. Zwei Personen wurden dabei getötet und drei schwer verletzt.

Bei den Opfern des Kraftwagenunglücks handelt es sich um die Familie des Baumeisters Joseph Pette aus Breslau (Deutsch-Pissa). Mann und Frau sind tot, die drei Kinder im Alter von 15 bis 20 Jahren kamen mit Verletzungen davon. Pette hatte infolge starken Schnees nicht mehr das Herannahen des Zuges an der beleuchteten Kreuzung bemerkt, noch sah er die Sperrschranke. Das Auto durchfuhr die geschlossene Schranke. Dann wurde der Wagen von dem Zuge, der zu gleicher Zeit die Kreuzung passierte, erfasst. Zunächst holte das Zugpersonal die drei noch lebenden Kinder unter den Trümmern des Autos hervor. Pette und seine Frau konnten nur als Leichen geborgen werden.

Schriftstellerin niedergestochen.

Geheimnisvoller Mordanschlag in Wien.

In Wien wurde auf die bekannte Schriftstellerin Dr. Rosa Meller ein geheimnisvoller Mordanschlag verübt. In einem Laboratorium der Arbeiterkrankenkasse erschien ein etwa 25jähriger Mann. Als ihn Frau Dr. Meller, die dort als Ärztin tätig ist, fragte, was er wolle, erzählte er etwas von einer Blutprobe. Als sich die Ärztin umdrehte, um die Probe vorzubereiten, versetzte ihr der Mann mit einem Küchenmesser vier Stiche in den Rücken. In Abwehr warf die Ärztin zwei Flaschen Salzsäure gegen den Täter. Sie konnte ihn noch an der Krawatte fassen, sank dann jedoch zu Boden. Nach einiger Zeit wurde sie von ihrer Assistentin aufgefunden. Der Täter ist entkommen.

Eine Schreckensnacht Schiffbrüchiger.

Der Tantsdampfer mitten in einer Benzinfisch.

An der schwedischen Küste strandete zur Nachtzeit der Stockholmer Tantsdampfer „Klas“. Sieben Männer und zwei Frauen, die sich an Bord befanden, mußten auf dem Bruch eine fürchterliche Nacht zubringen. Bug und Mittelschiff sackten ab, und die Schiffbrüchigen wurden von den Wellen überspült. Das Feuer im Kessel war erloschen. An Deck wagte man kein Feuer anzuzünden, da auf der See eine dicke Schicht Benzin schwamm. Man hatte nämlich, um das Schiff zu erleichtern, die Tanks geöffnet, in denen sich 360 000 Liter Benzin befanden. Am Morgen glückte es schließlich einem Rettungsboot, die Schiffbrüchigen zu bergen. Zwei von ihnen wurden mit erfrorenen Gliedern ins Krankenhaus gebracht.

Was man noch wissen muß.

Rote Fahne bis 7. Februar verboten.

Berlin. Der Polizeipräsident hat die Rote Fahne einschließlich ihrer Kopflätter mit sofortiger Wirkung bis zum 7. Februar 1933 einschließlich verboten, weil sie in verschiedenen Ausgaben zur Organisation des Massenstreiks aufgefördert hat.

Adolf Hitler Ehrenbürger von Oberwiesenthal.

Oberwiesenthal. Die Stadtverordneten von Oberwiesenthal haben den Reichslangler Adolf Hitler zum Ehrenbürger ernannt, und zwar mit zwölf Stimmen gegen drei der Linken.

Belagerungszustand in Teilen Rumaniens verhängt.

Bukarest. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Verhängung des Belagerungszustandes über folgende Gebiete verfügt worden ist: Stadt Bukarest, Petroleumgebiet Ploesti, Prahova, Galatz, Jassy, Czernowitz und Temeşvar.

Die Rotters Liechtensteiner Staatsangehörige.

Die beiden Berliner Theaterdirektoren Fröh und Alfred Rotters, die sich des Betruges, der Untreue und des Konfuzsverbrechens schuldig gemacht haben, sind inzwischen nach Liechtenstein gelangt und haben bereits die dortige Staatsangehörigkeit erworben (!). Der von der Staatsanwaltschaft Berlin erlassene Haftbefehl und Steckbrief gegen die beiden Brüder wird damit illusorisch, da Liechtenstein keine Staatsangehörigen in einem Staat ausliefert.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Immer billig!

Gemüse-Erbsen	2 Pfd Dose	49 Pfg.
Schnittbohnen	2 " "	42 "
Brechbohnen	2 " "	45 "
Pflaumen	2 " "	52 "
Apfelmus	2 " "	52 "
Rollmops, Bismarckheringe u. Sardinen	1 Pfd.-Dose	0.38 Pfg.
Prima Vollheringe	28 Stück	1.00 Mk.

Drogerie Baukloh, Kierspe-Bhf.

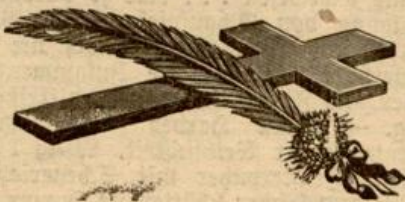
Breckerfeld.

Bestellungen auf das

Breckerfelder Tageblatt

nimmt entgegen

Frau H. Kleit, Breckerfeld.



Am 4. Februar 1933 verschied nach kurzem, schwerem Leiden unsere

Buchhalterin

Frl. Hedwig Linden

im Alter von 34 Jahren.

Seit 11 Jahren war Frl. Linden als treue Mitarbeiterin bei uns tätig und war sie in dieser langen Zeit in gewissenhafter Pflichterfüllung uns allen ein leuchtendes Beispiel.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Rönsahl, den 6. Februar 1933.

Moog & Langenscheidt.

Ingenieurschule Lage
Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik
Bauschule
Bautechnik, Bauwesen, Eisenbahnbau, Tonindustrie

Die für den 7. und 9. ds. Mts. vorgesehene

Sitzungen

d. Gemeindevertretung Halver u. Schalksmühle finden nicht statt.

Halver / Schalksmühle, den 6. Februar 1933. Die Gemeinde-Vorsteher.

Baterl. Frauenverein Halver.

Donnerstag, den 9. Febr., nachm. 3½ im Haus zur Fuhr

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.

Um Beteiligung aller Bezirksgruppen bittet der Hauptvorstand.

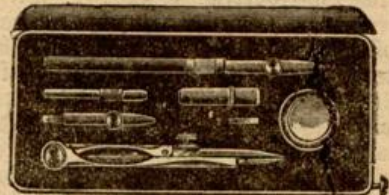
Landbund.

Sprechtag in Halver am Freitag, den 10. Febr. im Hotel zur Fuhr nachm. von 5½ - 6½ Uhr

Für den Winter!

Winterloden-Joppen m. angewebt. Plaidfutter v. M. 6.40 an. Westerpullunder v. 2.25—4.90 Mk. Pullover, Strickwesten, Biber- und Normalhemden, Normal- u. Macco-Plüschunterhosen, Strümpfe i. Wolle, Handschuhe gestrickt und warm gefüttert, Fausthandschuhe, Windjacken mit init. abknöpfbarem Pelz, Paletots, Lodenmäntel, Wildlederhosen in grün, schwarz und braun von 7.50 Mk. an. Biber-Bettücher und Schlafdecken zu äußersten Preisen empfiehlt:

Hugo Nieding, Halver-Berlinerstr. 56



Bernickelie Schul-Reißzeug

in gangbarsten Zusammenstellungen vorrätig bei

Wilh. Bell jr., Halver